

Für ein NPD-Verbot! Jetzt

Gegen institutionellen und alltäglichen Rassismus!

Am 22. März, einen Tag nach dem Internationalen Tag gegen Rassismus, findet im Bundesratsgebäude eine Sondersitzung der Innenministerkonferenz statt, auf der ein NPD-Verbot beschlossen werden soll. Die Berliner VVN-BdA fordert dies seit Jahrzehnten und begrüßt diesen Schritt, auch wenn erst die Morde der Neonazigruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" und ihre Querverbindungen zu NPD-Mitgliedern zu einem zumindest scheinbaren Umdenken führte.

Kein Umdenken, dass sich auch in aktivem Handeln ausdrückt, ist hinsichtlich des rassistischen Hintergrundes dieser und vieler anderer Morde und Übergriffe sowie dem kontinuierlichem Fehlverhalten von Behörden durch die Bundesregierung sowie die Innenminister der Länder zu erkennen. Dabei dient gerade der institutionelle Rassismus, der sich in staatlichem und behördlichem Handeln, in Äußerungen und in Gesetzen widerspiegelt, zur Verschleierung und Verharmlosung von sowie Legitimation für Hetze, Hass bis hin zu Übergriffen und Morden u.a. an Menschen mit Migrationsgeschichte, Asylbewerbern, Flüchtlingen sowie Wohnungslosen.

Deshalb wollen wir mit dieser Mahnwache vor dem Bundes-



ratsgebäude anlässlich dieser Sonder-sitzung der Innenminister unsere Forde-rung nach einem NPD-Verbot und der Abschaffung des intransparenten sowie unwissenden Verfassungsschutzes als "Staat im Staate" unterstreichen und gleichzeitig auf die ungenügende Aus-einandersetzung mit institutionellem und alltäglichen Rassismus hinweisen.



Denn nur, wer die Ursachen für solche rassistisch motivierten Morde und Übergriffe aktiv und glaubhaft bekämpft, wird Nazis und Rassisten den Nährboden für ihre menschenverachtende Ideologie und der "Mitte" der Gesellschaft das Ungleichwertigkeitsdenken entziehen.

Einer weiteren Polarisierung, Spaltung und Entsolidarisierung der Gesellschaft über das Schüren von Vorurteilen und Ängsten seien sie rassistisch und/oder politisch motiviert, muss entschieden begegnet werden, um eine solidarische, gleichberechtigte und selbstbestimmte Gesellschaft frei von jeder Diskriminierung zu schaffen.



Bringt Transparente und Plakate mit, die das Anliegen der Mahnwache deutlich machen!

Bitte achtet auf mögliche Änderungen des Ortes: berlin.vvn-bda.org

Die Mahnwache ist im „befriedeten“ Bereich. Sie ist beim Bundesinnenministerium be-antragt aber noch nicht genehmigt!

22. März 2012 - 9.00 bis 11.00 Uhr
Gegenüber dem Bundesratsgebäude
Leipziger Straße 3-4, S/U Potsdamer Platz